

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Joachim Konrad

Abg. Gerd Mannes

Abg. Dr. Markus Bächler

Abg. Martin Behringer

Abg. Sabine Gross

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

**Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u. a. und Fraktion (AfD)**

**Vorrang für die deutsche Sprache im Verkehrswesen - Zweckgebundene Ausnahme nur für die Arbeitsmigration (Drs. 19/9916)**

Ich eröffne die Aussprache. Auch hier sind 29 Minuten vereinbart. Als Erstem erteile ich dem Kollegen Benjamin Nolte für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Benjamin Nolte (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Deutsch ist hier in Deutschland nicht nur Alltagssprache, sondern auch Verkehrssprache, ob es Ihnen nun gefällt oder nicht. Verkehrsteilnehmer müssen nicht nur in der Lage sein, Verkehrsschilder und Piktogramme zu verstehen, sie müssen auch textbasierte Zusatzschilder lesen können: "Anlieger frei", "Landwirtschaftlicher Verkehr frei", "Rettungsgasse bilden" usw. Wer am Straßenverkehr teilnimmt, muss Wörter und Texte in deutscher Sprache lesen und verstehen können.

Dass Zuwanderer selbst ein Interesse haben sollten, die Landessprache zu lernen und sich hier zu integrieren, das hat sich bei der Masse der lieben Gäste leider als frommer Wunsch erwiesen. Darüber hinaus fordert der Staat auch keinerlei Integrationsleistung ein und stellt auch in einem Bereich wie dem Straßenverkehr, wo es um die Sicherheit und die körperliche Unversehrtheit seiner Bürger geht, sicher, dass man den lieben Gästen erst gar nicht mit unverschämten Forderungen nach Integration den All-inclusive-Aufenthalt in Deutschland verleidet und man sie gar nicht erst mit Forderungen nach dem Erlernen der deutschen Sprache belästigt.

So ist es in Deutschland möglich, die Führerscheinprüfung in insgesamt zwölf Fremdsprachen zu absolvieren: Englisch, Französisch, Griechisch, Hocharabisch – ganz wichtig heutzutage –, Italienisch, Kroatisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Rus-

sisch, Spanisch und selbstverständlich Türkisch. Der Fragenkatalog muss in all diese Sprachen übersetzt werden und für all diese Sprachen auch aktuell gehalten werden.

Die Problematik sehen nicht nur wir. Die SVG Hessen beschreibt Sprachbarrieren bei Lkw-Fahrern als Problem in Notfällen und bei der Kommunikation mit Einsatzkräften. Der Huss-Verlag veröffentlicht eigens eine Sprachhilfe für Fahrer, weil fremdsprachige Fahrer im Alltag häufig Verständigungsprobleme haben. ADAC, Allianz und andere Anbieter stellen mehrsprachige Unfallberichte bereit, weil Verständigungsprobleme nach Unfällen mit nicht deutschsprachigen Verkehrsteilnehmern regelmäßig auftreten.

Interessant ist außerdem das Thema Führerscheinprüfung für Busfahrer. Für Busfahrer hat die Bundesregierung erst vor drei Wochen die Möglichkeit geschaffen, in immerhin acht weiteren Sprachen außer der deutschen die Führerscheinprüfung abzulegen. Busfahrer, liebe Kollegen, sind jedoch nicht nur Fahrzeugführer, sie sind auch Ansprechpartner für Fahrgäste. Im Gegensatz zu anderen Berufskraftfahrern arbeiten sie direkt mit den Fahrgästen zusammen. Sie müssen Auskunft geben, auf Fragen reagieren und bei Problemen helfen. Bei Unfällen, medizinischen Notfällen und Evakuierungen müssen sie klar und verständlich mit Fahrgästen und Rettungsdiensten kommunizieren können.

Unter den acht Sprachen, in denen angehende Busfahrer die Führerscheinprüfung ablegen können, sind mit Russisch und Hocharabisch Sprachen, die ein völlig anderes Schriftsystem verwenden. Das heißt, der Busfahrer, der für die Sicherheit und die körperliche Unversehrtheit der Fahrgäste verantwortlich ist, muss nicht einmal in der Lage sein, die Schriftzeichen auf einem Stoppschild lesen zu können. Volkshochschulen und andere Bildungseinrichtungen haben das Problem längst erkannt und bieten spezielle Deutschkurse für Berufskraftfahrer an.

Das könnte man sich alles sparen, wenn man vernünftige Deutschkenntnisse bereits vor dem Ablegen der Führerscheinprüfung erwerben müsste.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch, auf die vermeintlichen Gegenargumente des Kollegen von den FREIEN WÄHLERN im Ausschuss einzugehen: Unser Antrag, die Führerscheinprüfung künftig nur noch in deutscher Sprache abzulegen, schaffe – Zitat – "Integrationshürden ohne Mehrwert".

Liebe Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, wenn man von einem Zuwanderer verlangt, dass er die deutsche Sprache so weit erlernt, dass er eine theoretische Führerscheinprüfung auf Deutsch absolvieren kann, dann ist das keine Integrationshürde ohne Mehrwert, sondern dann ist das eine Selbstverständlichkeit.

Man kann jetzt darüber spekulieren, welches Ziel Sie mit Ihrer Agenda der Masseneinwanderung verfolgen. Dass Zuwanderer die deutsche Sprache lernen und sich irgendwann so weit integrieren, dass sie vielleicht ansatzweise einen Mehrwert für die Gesellschaft schaffen können, scheint jedenfalls nicht in Ihrem Sinne zu sein.

Darüber hinaus fand der Kollege unseren Hinweis auf die germanische Sprachverwandtschaft zwischen der deutschen und der englischen Sprache – Zitat – "irritierend". Irritierend ist hier höchstens die mangelnde Schulbildung des Kollegen. Die Sprachverwandtschaft bestand schon lange vor Gründung der AfD. Die haben wir uns nicht ausgedacht.

(Beifall bei der AfD)

Wer in Deutschland leben will, der hat unsere Landessprache zu lernen. Wer in Deutschland eine Führerscheinprüfung absolvieren will, der hat sie erst recht zu lernen. Ich bitte um Zustimmung und bedanke mich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die CSU-Fraktion spricht der Kollege Joachim Konrad.

**Joachim Konrad (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD-Fraktion trägt den vollmundigen Titel "Vorrang für die

deutsche Sprache im Verkehrswesen". Wer den Antrag liest, der merkt schnell: Es geht hier nicht um Verkehrssicherheit. Es geht um eines, um die politisch motivierte Schlechterstellung bestimmter Zuwanderergruppen. Das lassen wir nicht unwidersprochen.

Erster Punkt. Das Sicherheitsargument ist vorgeschoben. Die Antragsteller behaupten, die Lesekompetenz für deutschsprachige Verkehrszeichen sei im realen Straßenverkehr unverzichtbar. Das klingt plausibel, ist aber bei näherer Betrachtung schlicht falsch: Die weit überwiegende Mehrheit der Verkehrszeichen in Deutschland ist bildbasiert und international genormt. Ein Stopp-Schild, ein Vorfahrtszeichen, ein Überholverbot – all das versteht man ohne ein einziges deutsches Wort. Textbasierte Zusatzzeichen wie "Anlieger frei" sind die Ausnahme, nicht die Regel. Solche Formeln sind in der Regel schnell verinnerlicht.

Zweitens. Die sprachliche Logik ist pseudowissenschaftlich. Besonders bemerkenswert ist die Begründung, die Beschränkung auf Englisch sei durch die germanische Sprachverwandtschaft gerechtfertigt. Wer dieses Argument ernst nimmt, müsste konsequenterweise auch Niederländisch, Schwedisch und Dänisch zulassen, allesamt Sprachen, die näher am Deutschen sind als das Englische. Er müsste auch erklären, warum ein türkischer Facharbeiter, der seit Jahren in Bayern lebt, arbeitet und Steuern zahlt, die Prüfung nicht in seiner Sprache ablegen darf,

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD))

während ein englischsprachiger Bewerber aus einem Drittland mit Arbeitsvisum diese Möglichkeit erhält. Das ist keine Logik, das ist Willkür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Drittens. Der innere Widerspruch Ihres Antrags. Dieser Antrag scheitert bereits an seiner inneren Logik. Die AfD behauptet, Deutschkenntnisse seien für die Verkehrs-

sicherheit essenziell. Gleichzeitig fordert sie, dass Arbeitsmigranten die Prüfung auf Englisch ablegen dürfen. – Diese beiden Positionen schließen sich gegenseitig aus.

(Widerspruch bei der AfD)

– Nein, entweder ist die Sprache ein Sicherheitsfaktor, dann gilt das für alle. Oder sie ist es nicht, dann braucht es Ihren Antrag nicht.

Was bleibt, wenn man die Sicherheitsargumente beiseitelegt? – Die Botschaft, die übrig bleibt, ist diese: Wer aus humanitären Gründen oder zum Zweck des Familiennachzugs nach Bayern kommt, soll es schwerer haben – nicht sicherer, schwerer.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD))

Das nennen wir beim Namen: Das ist Diskriminierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Vierter und letzter Punkt ist die wirtschaftspolitische Realität. Bayern hat eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland und gleichzeitig mit den größten Fachkräftemangel im Verkehrs- und Logistiksektor. Busfahrer, Pflegekräfte, Bauarbeiter – sie alle brauchen einen Führerschein, um ihren Beruf ausüben zu können. Wenn wir für internationale Arbeitskräfte unnötige bürokratische Hürden aufbauen, dann schaden wir dem bayerischen Mittelstand, dem Handwerk, den Kliniken, den Pflegeheimen. Wir schaden Bayern.

Meine Damen und Herren, wir stehen für eine Verkehrspolitik, die der Sicherheit dient und die wirtschaftlich vernünftig ist. Dieser Antrag erfüllt dies nicht, sondern dient einzig und allein der Diskriminierung. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Gerd Mannes.

**Gerd Mannes (AfD):** Fachkräftemangel gibt es übrigens auch in der Politik. Das wollte ich noch mal anmerken. Es ist wichtig, dass ich das jetzt hier sage.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr müsst es ja wissen, wann die Leute bei euch im Plenarsaal sind! Da könnt ihr mal mit dem Striedl reden! – Unruhe)

– Doch, doch, das stimmt.

Jetzt habe ich eine Nachfrage zu dem, was Sie gerade gesagt haben. Ein türkischer Arbeiter, der hier sehr gut integriert ist, der hier schon sehr lange wohnt, kann doch Deutsch. Sie haben gesagt, er soll die Prüfung auf Türkisch ablegen können. Aber ich verstehe das nicht.

(Michael Hofmann (CSU): Das glaube ich! Sie verstehen einiges nicht!)

Wenn jemand hier jahrelang wohnt und sich auch in die Arbeitswelt integriert, dann muss er sich doch auch sprachlich integrieren. Das ist doch völlig falsch, was Sie gerade gesagt haben. Das müssen Sie doch mal zugeben. Wer hier lange lebt, der soll Deutsch lernen und soll dann auch eine Prüfung auf Deutsch machen.

**Joachim Konrad (CSU):** Herr Kollege Mannes, der Fachkräftemangel in der Politik greift nur in einer Fraktion um sich, nämlich in der AfD-Fraktion.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die Redner aller anderen Fraktionen sind rechtzeitig da, wenn sie reden müssen.

Jetzt kommen wir zu Ihrer Argumentation. Es gibt auch viele deutsche Schülerinnen und Schüler an den Fahrschulen, die den Führerschein nicht bestehen. Wie soll man von jemandem verlangen, der vielleicht nur zwei oder drei Jahre bei uns ist, beispielsweise im Bau seinen Mann oder seine Frau steht und wirklich einen Beitrag zu unserer

Wirtschaft leistet, einen derart komplizierten Vorgang nachzuvollziehen? Ich möchte mich wiederholen: Ihr Antrag ist reine Diskriminierung und sonst gar nichts.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Dr. Markus Büchler.

**Dr. Markus Büchler (GRÜNE):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn es so entscheidend für das Führen und Fahren eines Kraftfahrzeugs wäre, das Zusatzschild "Anlieger frei" lesen zu können, dann dürften wir alle, insbesondere die AfD, auch nicht in Portugal, in Litauen oder in Frankreich herumfahren, weil wir wahrscheinlich in diesen Sprachen solche Zusatzschilder auch nicht lesen können. Es ist ein großes Glück, dass die Führerscheine in vielen Ländern gültig sind und man sich frei damit bewegen kann. Die genormten einheitlichen Verkehrszeichen bieten einen Vorteil, weil sie überall verstanden werden. An dieser Stelle gibt es kein Problem.

Abgesehen davon, dass der Führerscheinerwerb generell zu teuer ist, haben wir das Problem, dass wir vor allem beim Erwerb der Zusatzqualifikationen eher zu wenig Sprachen ermöglichen. Wir haben bei Busfahrerinnen und Busfahrern und auch bei Lkw-Fahrerinnen und Lkw-Fahrern einen gravierenden Fachkräftemangel. Das liegt unter anderem daran, dass die Zusatzqualifikationen heute nur in sehr wenigen Sprachen erworben werden können. Dazu zählt beispielsweise die Ladungssicherung bei den Lkw-Fahrern. Mir persönlich und auch den Spediteuren in unserem Land ist es ziemlich wurscht, ob jemand über die Ladungssicherung auf Arabisch, Russisch oder in einer anderen Sprache nachdenkt – Hauptsache, es wird gescheit gemacht. Insofern besteht an dieser Stelle noch Verbesserungspotenzial, mehr Sprachen zuzulassen, um entsprechend Fachkräfte gewinnen zu können. Allgemein ist der Führerschein ein wichtiger Schlüssel für die Mobilität und für den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Ihnen geht es nicht um die Verkehrssicherheit, sondern offenkundig um Diskriminierung und um Ausgrenzung von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Das

ist gerade von Ihrem Redner dargelegt worden. Sie wollen den Leuten auf dem Weg zur Integration Prügel zwischen die Beine werfen. Das haben Sie vor. Sie wollen die Gesellschaft spalten und die Menschen aufhetzen. Sie schaffen es sogar bei einem völlig sachlichen Thema wie der Frage des Führerscheinerwerbs, Ihren rassistischen Unterton hineinzutragen. Das ist abscheulich. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der AfD: Oh!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Martin Behringer spricht für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Martin Behringer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir FREIEN WÄHLER werden diesen Antrag genauso wie im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr ablehnen. Wer die Realität vieler Menschen betrachtet, erkennt schnell, dass ein Führerschein weit mehr als eine Frage der Sprache ist. Mobilität bedeutet Zugang zum Arbeitsmarkt, Selbstständigkeit im Alltag und gesellschaftliche Teilhabe. Gerade im ländlichen Raum, in dem öffentliche Verkehrsangebote häufig begrenzt sind, ist der Führerschein oftmals die entscheidende Voraussetzung, um überhaupt eine Beschäftigung aufzunehmen oder dauerhaft auszuüben. Wenn man die deutsche Sprache nicht perfekt beherrscht, heißt das nicht automatisch, dass man die Verkehrsregeln nicht versteht und ein Sicherheitsrisiko darstellt. Das hat Herr Nolte so dargestellt.

Daher sollten wir uns die Frage stellen: Wollen wir Menschen aufgrund sprachlicher Defizite von Mobilität, Erwerbstätigkeit und gesellschaftlicher Integration ausschließen, obwohl sie die praktischen Anforderungen des Straßenverkehrs erfüllen können? Gerade in Zeiten eines zunehmenden Fach- und Arbeitskräftemangels können wir es uns nicht leisten, zusätzliche Hürden aufzubauen. Besonders betroffen wären Berufsgruppen, auf die unsere Wirtschaft und unser Alltag tagtäglich angewiesen sind. Dazu zählen Paketfahrer, Busfahrer, Lkw-Fahrer und Beschäftigte in der Logistik, im Handwerk oder in der Pflege. Wer die theoretische Führerscheinprüfung ausschließlich auf

Deutsch zulassen will, muss auch die Konsequenzen seines Vorschlags benennen. Viele Menschen, die bereits arbeiten oder arbeiten möchten, würden dadurch deutlich größere Schwierigkeiten haben, eine Fahrerlaubnis zu erwerben. Der ohnehin bestehende Arbeits- und Fachkräftemangel in diesem Bereich würde sich noch massiv verschärfen.

Auch das gehört zur Wahrheit: Die Auswirkungen würden am Ende nicht nur die Betroffenen selbst spüren, sie würden auch diejenigen Bürgerinnen und Bürger treffen, die heute vielleicht geneigt sind, einem solchen Antrag zuzustimmen. Wenn weniger Busfahrer zur Verfügung stehen, werden Verbindungen eingeschränkt. Wenn weniger Lkw-Fahrer und Zusteller arbeiten können, geraten Lieferketten unter Druck und Pakete kommen später an. Wer Mobilität erschwert, erschwert am Ende auch das Funktionieren unseres Alltags. Leider verschweigen die Antragsteller diese praktischen Folgen ihres Vorschlags. Sie sprechen über Sprache, aber nicht über die Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Versorgung und Wirtschaft.

Hinzu kommt, dass die theoretische Fahrerlaubnisprüfung in erster Linie der Überprüfung von Verkehrskennnissen und nicht der Überprüfung allgemeiner Deutschkenntnisse dient. Wer die Regeln des Straßenverkehrs versteht, sollte die Möglichkeit haben, dieses Wissen auch in einer Sprache nachzuweisen, die er sicher beherrscht. Verkehrssicherheit entsteht durch Verständnis der Regeln, nicht durch das Beherrschen komplizierter Fachbegriffe.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir eine Frage; Herr Kollege Bächler hat das nämlich auch schon ausgeführt. Wenn wir nach Italien, Spanien oder Frankreich in den Urlaub fahren, wird von uns nicht verlangt, die jeweilige Landessprache oder gar die verkehrsrechtliche Fachsprache zu beherrschen. Muss jemand vor der Einreise zum Beispiel nach Italien nachweisen, dass er alle verkehrsrechtlichen Fachbegriffe auf Italienisch aufsagen kann? – Das hat bestimmt noch keiner erlebt. Vielleicht kennt die AfD die ganzen russischen Begriffe, aber wahrscheinlich nicht die Begriffe in allen anderen Sprachen.

Wir vertrauen darauf, dass uns Verkehrszeichen, Piktogramme und europaweit weitgehend harmonisierte Regeln vermitteln, was erlaubt ist und was nicht. Genau deshalb funktionieren grenzüberschreitende Mobilität und Freizügigkeit in Europa seit Jahrzehnten so erfolgreich. Wir sollten uns deshalb gut überlegen, welchen Weg wir einschlagen wollen. Wollen wir den Weg einer offenen, pragmatischen und selbstbewussten Gesellschaft einschlagen? Oder wollen wir eine Politik, die Probleme nicht löst, sondern neue Hürden errichtet und Menschen gegeneinander ausspielt? Wir sollten Menschen nicht vor die Wahl stellen, entweder perfekte Sprachkenntnisse nachzuweisen oder auf berufliche Chancen oder gesellschaftliche Teilhabe zu verzichten. Stattdessen brauchen wir pragmatische Lösungen, die Verkehrssicherheit gewährleisten und gleichzeitig Integration ermöglichen. Ich persönlich entscheide mich für Offenheit, Vernunft und Integration statt für Ausgrenzung und Symbolpolitik. Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Das Wort hat die Kollegin Sabine Gross für die SPD-Fraktion.

**Sabine Gross (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD-Fraktion ist abzulehnen. Mit diesem Antrag verbreitet die AfD-Fraktion erneut ihr fremdenfeindliches Gedankengut. Ja, es ist richtig, dass die theoretische Führerscheinprüfung in zwölf Fremdsprachen abgelegt werden kann. Das ist auch völlig in Ordnung. Die theoretische Prüfung verlangt nämlich bei uns keine Lese- und Schreibfähigkeit der deutschen Sprache. Auf formlosen Antrag kann bei Vorliegen einer Lese- und Schreibschwäche diese Prüfung sogar komplett mündlich abgelegt werden. Die Verständigung bei der praktischen Fahrprüfung erfolgt jedoch immer auf Deutsch, genauso wie die praktische Ausbildung. Stellt ein Prüfer fest, dass eine Kommunikation auf Deutsch nicht möglich ist, kann er sogar die Prüfung ablehnen. Dass die theoretische Prüfung auch in einer anderen Sprache abgelegt werden

kann, bedeutet also keineswegs, dass der Prüfling nicht des Deutschen mächtig sein muss.

Mobilität ist heute eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Aufnahme einer Beschäftigung. Die Berechtigung, ein Kfz zu führen, ist daher gerade auch aus integrationspolitischen Gründen von sehr großer Bedeutung, nicht nur für anerkannte Arbeitsmigranten. Es geht auch nicht nur darum, Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit als Taxi- oder Kurierfahrer oder im Bereich der ambulanten Pflege zu eröffnen. Es geht auch darum, dass sie zuverlässig ihren Arbeitsplatz erreichen, auch im ländlichen Raum und auch zu jeder Tageszeit.

Es dürfte Konsens in diesem Hohen Haus sein, dass wir dafür sorgen müssen, dass Migranten, egal woher sie kommen, so schnell wie möglich ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten und in unsere Sozialversicherungssysteme einzahlen. Das Fehlen einer Fahrerlaubnis kann hierbei eine große Hürde sein. Gleichzeitig bietet die Möglichkeit, die theoretische Prüfung in einer Fremdsprache abzulegen, auch die Chance, dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Nicht ohne Grund hat das Bundeskabinett beschlossen, die Prüfung zur beschleunigten Grundqualifikation von Lkw- und Busfahrern in acht Fremdsprachen zuzulassen.

Die AfD-Fraktion versucht, sinnvolle Integrationspolitik zu vereiteln und mit allen Mitteln die Arbeitsaufnahme von Migranten zu erschweren. Das ist nicht verwunderlich. So kann sie ihre Erzählungen von Migranten, die unsere Sozialversicherungssysteme ausplündern, weiterhin aufrechterhalten. Das ist eine rein fremdenfeindliche Intention. Darauf verweist auch, dass hier gefordert wird, man solle nur Englisch als Fremdsprache bei der theoretischen Prüfung zulassen, weil es sich um eine germanische Sprache handele. Das ist zwar im Grunde nicht falsch, allerdings besteht der moderne englische Wortschatz aus vielen romanischen Elementen. Ein interessanter Fakt am Rande für diejenigen, die sich für Sprache interessieren: Die germanische Sprache, die dem Deutschen am ähnlichsten ist, ist Jiddisch.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag ist abgelehnt.